

Die Kosten des Klimas



Konjunktur. Ob Starkregen, Hochwasser oder Dürreperioden: Extreme Wetterereignisse belasten nicht nur Mensch und Natur, sie haben auch wirtschaftliche Folgen. Allein die Flutkatastrophe an der Ahr hat Kosten in Höhe von annähernd 39 Milliarden Euro verursacht. Da es künftig voraussichtlich häufiger zu Klimaereignissen kommt, die das Wirtschaftsleben beeinträchtigen, gewinnen Wettervorhersagen in der Konjunkturforschung an Relevanz. Noch sei es allerdings nicht möglich, extreme Wetterereignisse konkret in einer Konjunkturprognose zu berücksichtigen, sagt IW-Ökonom Michael Grömling. —→ [Seiten 2-5](#)

Wirtschaftspolitik

Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, müssen Politik und Wirtschaft noch viele Herausforderungen meistern. Das zeigt der Transformationskompass des IW.

—→ [Seiten 6-8](#)

Verteidigung

Die von der NATO angestrebte Steigerung der Verteidigungsausgaben auf 5 Prozent der Wirtschaftsleistung kann Deutschland nur mithilfe hoher Kredite schaffen.

—→ [Seite 9](#)

Heiß, heißer, Krise

Konjunktur. Extreme Wetterereignisse können immense Schäden verursachen. Da Hitzewellen, Überschwemmungen, Waldbrände und Starkregen in Zukunft möglicherweise häufiger auftreten werden, befasst sich auch die Konjunkturforschung mit dem Klima.

Alle reden übers Wetter, sogar die Konjunkturforscher. Ist den Ökonomen etwa der Gesprächsstoff ausgegangen? Nein. Angesichts gehäuft auftretender Extremwetterereignisse haben sie festgestellt, dass nicht nur die klassischen Konjunkturindikatoren wie Arbeitslosenquote, Verbraucherpreise oder Bruttoanlageinvestitionen für ihre Prognosen eine Rolle spielen, sondern auch Dürren, Flutkatastrophen, Waldbrände oder Starkregen die Konjunktur kurzfristig beeinflussen können.

Es gibt viele Varianten, wie Klimaereignisse die wirtschaftliche Entwicklung einer Region oder eines Landes tangieren können. So kann ein Extremwetterereignis eine oder mehrere dieser Folgen haben:

- Es kann den Gesundheitszustand, den Arbeitseinsatz und die Arbeitsproduktivität von Menschen beeinträchtigen. So steigt das Krankheits- und Sterberisiko durch Hitzewellen oder durch Luftverschmutzung, wie sie

während und nach Waldbränden auftritt. Hitzewellen beeinträchtigen vor allem Arbeitnehmer, die im Freien arbeiten. Sie brauchen bei extrem hohen Temperaturen mehr Pausen.

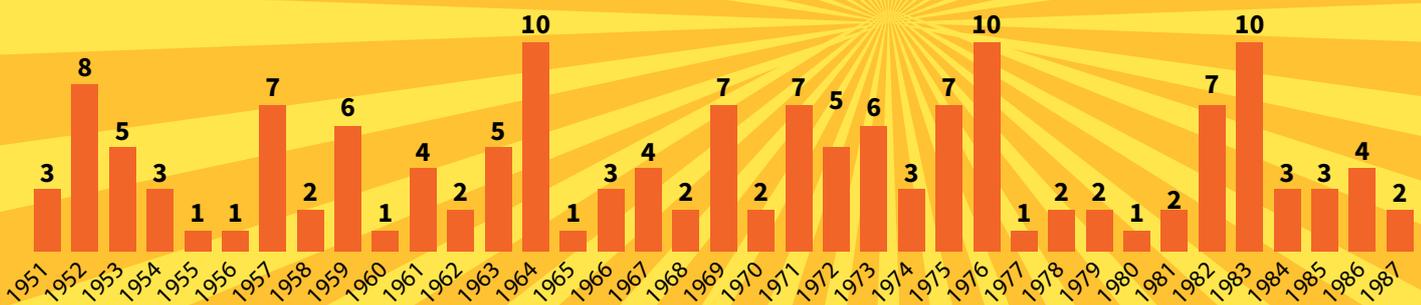
Tatsächlich ist die Zahl der Hitzetage in Deutschland stark gestiegen (Grafik):

Tage mit mehr als 30 Grad Celsius gab es in den vergangenen 15 Jahren im Schnitt dreimal so häufig wie im Durchschnitt des Zeitraums von Anfang der 1950er Jahre bis Ende der 1980er Jahre.

- Klimaereignisse können die Energieproduktion und -versorgung destabilisieren. So steigt bei Hitzewellen der Energieverbrauch, denn Wohn- und Bürogebäude, Kliniken und Industrieanlagen müssen gekühlt werden. Zudem können die Energieproduktion und die Energieversorgung selbst beeinträchtigt sein, weil beispielsweise hohe Luft- und Wassertemperaturen die Kühlkapazität

Hitzetage in Deutschland

An so vielen Tagen erreichten die Temperaturen in Deutschland mehr als 30 Grad Celsius



Quelle: Deutscher Wetterdienst
© 2025 IW Medien / iwd

ten von Kraftwerken senken oder Kraftwerke und Übertragungsinfrastrukturen durch Überschwemmungen oder Waldbrände beschädigt oder zerstört worden sind.

- Lange ausbleibende Niederschläge können ebenso wie lang anhaltender Starkregen zu Produktions- und Ernteaussfällen in der Land- und Tierwirtschaft führen. Zudem können extreme Wetterereignisse Probleme oder höhere Kosten bei der Einlagerung von Nahrungsmitteln verursachen. Die Preise für Agrargüter haben in den vergangenen Jahren weltweit ein historisch hohes Niveau erreicht.
- Die Bau- und Fortwirtschaft, die Gastronomie und der Tourismus sowie die Papier- und Chemieindustrie sind Wirtschaftssektoren, die besonders stark von Witterungsbedingungen abhängig sind. In der Chemie- und Bauindustrie lassen sich beispielsweise bei besonders hohen Temperaturen bestimmte Materialien nicht wie üblich verarbeiten. Produktionsabläufe und Geschäftsmodelle werden auch bei länger anhaltendem Niedrigwasser der Flüsse gestört, wenn es zu Einschränkungen des Schiffsverkehrs kommt und Binnenschiffe weniger oder keine Güter mehr transportieren können.
- Kritische Infrastrukturen wie Elektrizitäts- und Wasserwerke, Informations- und Kommunikationsnetze oder der öffentliche Nahverkehr funktionieren bei extremen Wetterereignissen möglicherweise nicht wie gewohnt. So können Überschwemmungen oder Erdbeben Eisenbahnlinien und den Straßenverkehr lahmlegen – und das über längere Zeit. Beispielsweise hat der Wiederaufbau der sogenannten Eifelstrecke zwischen Gerolstein und Köln – die Bahnverbindung wurde durch die Flutkatastrophe 2021 zerstört – vier Jahre gedauert.

- Extremwetterereignisse beeinflussen auch die Staatsfinanzen: So gehen wegen eingeschränkter Wirtschaftstätigkeit im Krisengebiet die Steuereinnahmen zurück. Im Gegenzug steigen die Staatsausgaben, da beschädigte staatliche Infrastrukturen mit Steuergeldern renoviert oder wieder aufgebaut werden und eventuell Unterstützungs- und Hilfszahlungen an betroffene Unternehmen und Haushalte geleistet werden.

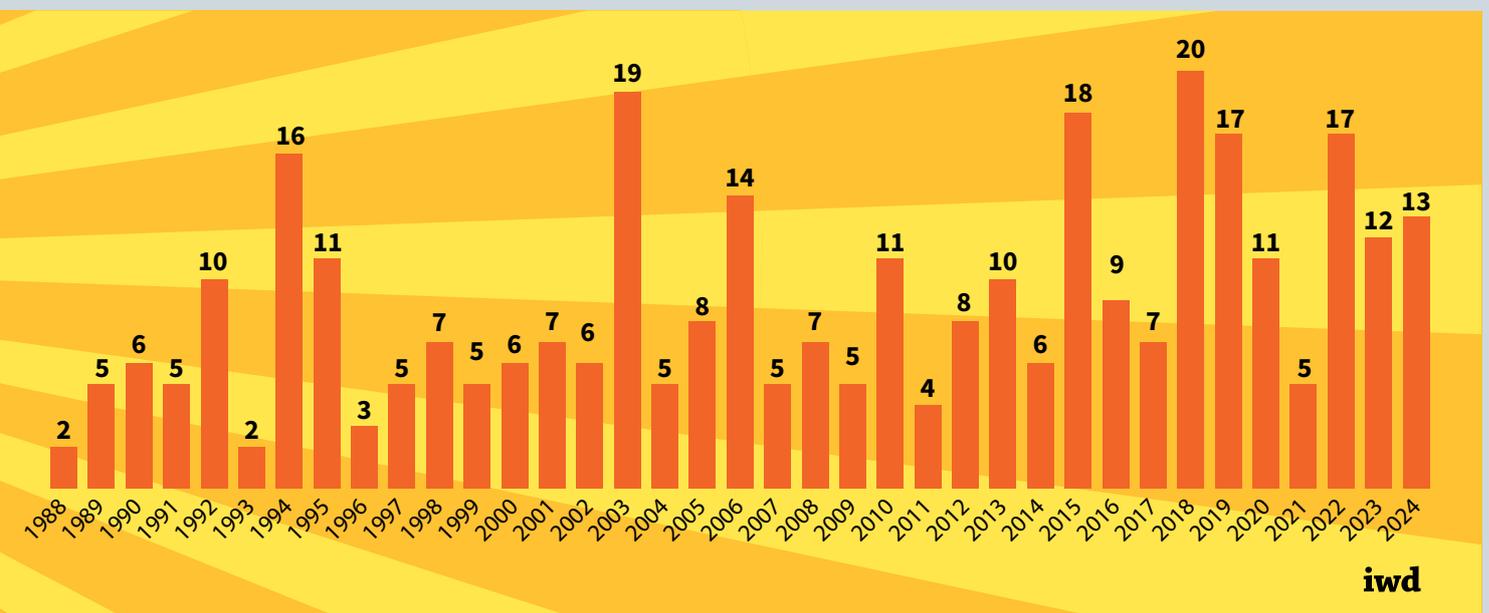
Welche gravierenden finanziellen Folgen extreme Klimaereignisse haben, zeigt ein Blick auf die Kosten, die Starkregen, Überschwemmungen und Hitzewellen erzeugen:

Besonders hoch waren die Schäden durch klima- und wetterbezogene Ereignisse in Deutschland in den Jahren 2002, 2013 und 2021. Allein die Flutkatastrophe von Juli 2021 verursachte Kosten in Höhe von knapp 39 Milliarden Euro.

Natürlich gab es in der Geschichte der Menschheit schon immer Naturkatastrophen und Klimaschocks. Doch da extreme Wetterphänomene aufgrund des Klimawandels künftig voraussichtlich nicht nur häufiger vorkommen, sondern auch heftiger ausfallen, werden die kurz- und mittelfristigen Wettervorhersagen für Konjunkturprognosen relevanter. Besonders knifflig wird das Erstellen einer Prognose, wenn häufiger auftretende Klimaereignisse anderweitige bereits bestehende Konjunkturrisiken – wie etwa geopolitische Konflikte – verstärken sollten.

IW-Report 32/2025

Michael Grömling: Klima und Konjunktur



Interview. Der Klimawandel hat weitreichende Folgen für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Warum Dürren, Hochwasser oder Starkregen auch zunehmend in der Konjunkturforschung eine Rolle spielen, erklärt **Michael Grömling**, Leiter der IW-Forschungsgruppe Makroökonomie und Konjunktur.

„Mit dem Klima kommt ein weiterer Unsicherheitsfaktor hinzu“

Immer öfter legen extreme Hitze, Überschwemmungen oder andere besonders heftige klimatische Ereignisse das Wirtschaftsleben zumindest regional lahm. Ist es an der Zeit, das Klima als offiziellen Konjunkturindikator zu deklarieren?

Das Klima ist kein Konjunkturindikator, es beeinflusst aber die Konjunktur. Fragen des Klimawandels werden seit geraumer Zeit als eine strukturelle Veränderung analysiert, also als etwas, das langfristig wirtschaftliche Folgen hat. Die Frage, die sich jedoch zunehmend aufdrängt, ist, inwieweit Klimaereignisse, insbesondere Extremwetterereignisse, auch die kurzfristige wirtschaftliche Gangart von Volkswirtschaften empfindlich treffen können und ob wir das Klima deshalb auch in der kurzen Frist in der Konjunkturforschung und in Konjunkturprognosen stärker mitberücksichtigen müssen.

Gibt es Länder oder Institutionen, die diese Klimakomponente bereits so handhaben?

Ja, es gab beispielsweise in einer der Konjunkturprognosen der EU-Kommission vor ein paar Jahren ein kurzes Kapitel, in dem das Thema Konjunktüreinflüsse durch Klimaereignisse thematisiert wurde. Viele Studien, die sich mit den Langfristfolgen des Klimawandels beschäftigen, geben eine Orientierung, inwieweit diese Transmissionskanäle auch kurzfristig zu berücksichtigen sind.

Können Sie ein Beispiel für kurzfristige Folgen von klimatischen Ereignissen auf die Konjunktur nennen?

Angenommen, in Deutschland gäbe es eine extreme Hitzewelle. Sie würde ganz unmittelbar das Arbeitsleben beeinträchtigen und damit eine konjunkturelle Spur hinterlassen: Beschäftigte, die im Freien arbeiten wie in der Bauwirtschaft, könnten nicht einfach weiter wie gewohnt Straßen oder Häuser fertigstellen, weil sie etwa mehr Pausen bräuchten. Pendler könnten nicht pünktlich oder sogar gar nicht ihre Arbeitsstätte erreichen, weil der ÖPNV und andere Verkehrsnetze

gestört wären. Möglicherweise funktioniert auch die Energieversorgung bei einer extremen Hitzewelle nicht mehr einwandfrei und in der Industrie oder im Handwerk lässt sich ein Teil der Materialien bei sehr hohen Temperaturen nicht so verarbeiten, wie man das gewohnt ist.

Sie gehen davon aus, dass kurz- und mittelfristige Wettervorschagen für Konjunkturforscher wichtiger werden. Welche Wetterprognosen und -daten sind denn für Ökonomen bei der Erstellung einer Konjunkturprognose von Bedeutung?

Es gibt beispielsweise Untersuchungen, die versuchen, die Bedeutung von El-Niño-Jahren für die Konjunktur auszuloten. Denn das sind offensichtlich Jahre, in denen etwa landwirtschaftliche Prozesse stärker gestört werden als in normalen Jahren. Auch bestimmte Extremwetterereignisse können in so einem Jahr stärker auftreten.

Konjunkturforscher befassen sich heute viel intensiver mit Wetterpro-



nisse wie beispielsweise großer Dürreperioden dazu führen, dass sich Investoren und Konsumenten stark einschränken, die Dürre aber gar nicht eintritt, dann bleibt die wirtschaftliche Entwicklung hinter ihrem Potenzial zurück. Solch eine Konjunkturprognose würde also das Wirtschaftswachstum eines Landes behindern. Wie können Sie das vermeiden?

Dieses Problem ist vergleichbar mit der Art und Weise, wie uns derzeit das Zollthema umtreibt. Das ist aufgrund der erratischen Änderungen ähnlich unwägbar. Wenn bestimmte Handelskonflikte in eine Prognose eingearbeitet werden, dann lösen die auch etwas aus und ähnlich würde es sein, wenn man Wettererwartungen in einer Konjunkturprognose einarbeitet.

Im besten Fall würde eine Konjunkturprognose, die Klimaereignisse berücksichtigen kann, dazu führen, dass Unternehmen Strategien zur Klimaanpassung umsetzen – indem beispielsweise Chemiefirmen Flachboote ordern, mit denen dann die Beschiffung des Rheins auch bei Niedrigwasser möglich ist.

Wenn Klimadaten auch für die Konjunkturforschung wichtiger werden, sollten Ökonomen künftig enger mit Klimaforschern zusammenarbeiten?

Ja, das kann künftig wichtiger werden. Trotzdem wird es auch in Zukunft immer wieder Konjunkturprognosen geben, die bestimmte Ereignisse nicht im Blick haben können. So waren etwa mit dem Kriegsausbruch in der Ukraine im Februar 2022 die für das Jahr 2022 sehr positiven Prognosen für die Katz. Und genauso wird es immer wieder Ereignisse geben, die uns rechts und links überholen. Mit extremen Klimaereignissen kommt ein weiterer Unsicherheitsfaktor für Konjunkturprognosen hinzu.

gnosen und Jahreszeitvorhersagen, indem sie Monate im Voraus versuchen, sich eine Orientierung darüber zu verschaffen, wie der anstehende Sommer wird und welche potenziellen Beeinträchtigungen es geben könnte. Denn mithilfe einer solchen Einschätzung können Unternehmen auch anders disponieren, indem sie sich möglicherweise stärker mit Rohstoffen und Ähnlichem bevorraten. Sie können auch mit Lieferverträgen vorsichtiger agieren, als sie das unter normalen Bedingungen machen würden.

Wettervorhersagen sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Wie gehen Sie damit um?

Am Ende des Tages wird es immer wieder Überraschungseffekte geben. Niemand weiß endgültig, wo und wie heftig ein Starkregen runterkommt. Und wie verheerend das enden kann, haben wir ja im Juli 2021 bei der Flutkatastrophe an der Ahr gesehen. Man weiß zwar in einigen Fällen bereits vorher, dass sich da offensichtlich Tiefdruckgebiete aufbauen. Was man aber nicht weiß, ist, wo genau und

wie stark es regnen wird und was dabei zerstört wird.

Würden Sie für eine Konjunkturprognose, die Klimaereignisse berücksichtigt, künftige Wetterereignisse in Deutschland oder weltweite Wettervorhersagen verwenden?

Da ich mich vor allem mit der deutschen Konjunktur beschäftige, wäre es eher die hiesige Wetterlage, wengleich die deutsche Wirtschaft auch stark davon abhängt – beispielsweise über Zulieferungen –, was in anderen Ländern passiert. Man hat ja gesehen, wie empfindlich die deutsche Automobilproduktion 2023 durch das Unwetter in Slowenien getroffen wurde, weil die Lieferkette beeinträchtigt war. Insofern ist das Wetter anderswo tatsächlich etwas, was man mitdenken muss.

Aber noch mal: Extreme Wetterereignisse konkret in einer Konjunkturprognose auszuformulieren, ist derzeit nicht möglich. Dafür existieren einfach zu viele Unwägbarkeiten.

Wenn Konjunkturprognosen aufgrund erwarteter Klimaereig-

Transformation braucht Kontinuität und Tempo

Wirtschaftspolitik. Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden, die EU bis 2050. Der Weg dahin ist gespickt mit Herausforderungen für Politik und Wirtschaft. Was die Unternehmen zum Umbau sagen und wie weit Deutschland bisher wirklich gekommen ist, hat das IW in seinem Transformationskompass festgehalten.

Es ist der größte Wandel der Wirtschaft seit der industriellen Revolution. Deutschland will sich wie die gesamte EU von fossilen Energieträgern verabschieden und seine Industrie klimaneutral gestalten. Dazu braucht es viele strukturelle Veränderungen, von der Energieerzeugung über die Produktion bis hin zur Digitalisierung. Außerdem sind Einflussfaktoren wie die alternde Bevölkerung in Deutschland und die Tendenz zur Deglobalisierung zu berücksichtigen. Kurz gesagt: Die Transformation ist ein gesamtwirtschaftliches und gesellschaftliches Mammutprojekt.

Um den aktuellen Stand des Prozesses in Deutschland bestmöglich zu erfassen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft daher in seinem für die Wirtschaftsvereinigung der Grünen erstellten Transformationskompass sowohl Unternehmen zu Wort kommen lassen als auch die aktuelle Lage analysiert. Eine erste Erkenntnis:

Für die Unternehmen in Deutschland überwiegen hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit die Risiken der Transformation derzeit die Chancen.

Die Branche Energie-, Wasserversorgung, Entsorgung sieht als einzige ein Chancenplus. Besonders skeptisch blickt der Bausektor auf den Umbau der Wirtschaft, im Vergleich zur vorangegangenen Befragung im Jahr 2023 ist die Risikoeinschätzung aber auch generell negativer ausgefallen – unabhängig von Unternehmensgröße oder Branche. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die multiplen Krisen in den vergangenen beiden Jahren einen größeren Einfluss auf diese Einschätzungen haben. Zur Einordnung der Ergebnisse ist es ebenfalls wichtig zu erwähnen, dass die Befragung im Januar und Februar 2025 und damit vor dem Bundestagsbeschluss zur Neuverschuldung durchgeführt wurde.

Konkreter auf die eigene Lage bezogen, gehen die Meinungen in der Wirtschaft aber weiter auseinander:

Während knapp 56 Prozent der Unternehmen ihr Geschäftsmodell aufgrund der Kostensteigerung durch die Transformation gefährdet sehen, sind gut 41 Prozent zuversichtlich, ihr Geschäftsmodell erfolgreich anpassen zu können.

Insgesamt ist die Unsicherheit in der deutschen Wirtschaft hinsichtlich

der Transformation spürbar. So rechnet mehr als ein Drittel der Betriebe damit, dass ihre Produkte an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Und auch die Hemmnisse für Investitionen sind aus Unternehmenssicht weiterhin groß (Grafik Seite 7):

Fast die Hälfte der Firmen fühlt sich in ihrem Engagement für den Umwelt- und Klimaschutz durch die unklare Kosten-Nutzen-Relation erheblich beeinträchtigt.

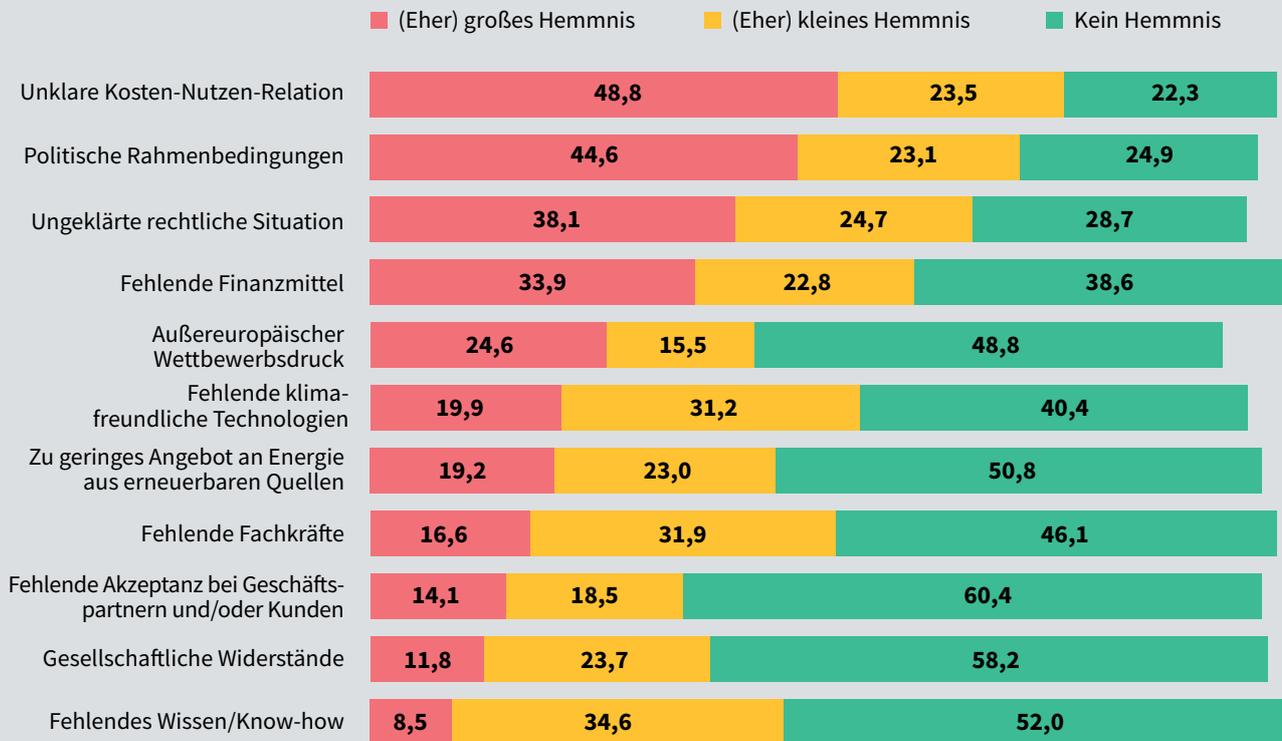
Ebenfalls stark hemmend wirken sich laut den Betrieben die politischen Rahmenbedingungen sowie fehlende rechtliche Klarheit aus.

In anderen Bereichen gab es seit 2023 dagegen Fortschritte. Fehlende klimafreundliche Technologien monieren heute 20 Prozent, zwei Jahre zuvor war es noch jedes dritte Unternehmen. Und auch ein zu geringes Angebot an erneuerbaren Energien ist nur noch für 19 Prozent (vormals 31 Prozent) ein großes Hindernis.

Trotz der diversen Hürden ergreifen viele Unternehmen Maßnahmen, um sich klimafreundlicher aufzustellen. Dabei konzentrieren sie sich bislang in erster Linie auf Effizienz (Grafik Seite 8):

Transformation: Was die Unternehmen hemmt

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland werden in ihrem Engagement für den Umwelt- und Klimaschutz durch diese Dinge gebremst



Rest zu 100: weiß nicht/keine Angabe
 Befragung von 1.076 Firmen aus dem Produzierenden Gewerbe und den unternehmensnahen Dienstleistungen in Januar und Februar 2025 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd

100

iwd

Knapp 44 Prozent der Unternehmen setzen Energie sparsamer ein oder achten auf eine Kreislauf-führung ihrer Materialien.

Fast ebenso häufig erzeugen, nutzen oder speichern die Unternehmen Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energien. All diese Maßnahmen sparen nicht nur Emissionen, sondern auch Kosten, was für die Unternehmen ein wesentliches Argument für ihr Engagement ist.

Dazu bemühen sich jeweils knapp vier von zehn Firmen um eine emissionsärmere Fahrzeugflotte, Sanierungen ihrer Gebäude zum Energiesparen sowie innerbetriebliche nachhaltige Maßnahmen wie Job-Tickets oder Dienstfahräder.

Um die Befragungsergebnisse besser einordnen und eine realistische Einschätzung des Stands der Transformation in Deutschland geben zu können, hat das IW für seinen Transformationskompass umfassende Daten zu wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Indikatoren zusammengetragen. Konkret geht es um die vier großen D – Dekarbonisierung, Digitalisierung, Demografie und Deglobalisierung. Sowohl die Kritik als auch die positiven Aussagen der Unternehmen spiegeln sich darin durchaus wider:

Dekarbonisierung. Der Stromsektor kommt beim Ausbau der erneuerbaren Energien gut voran,

was auch die Unternehmen spüren. Doch da im Wärmesektor und im Verkehr größere Fortschritte bislang ausgeblieben sind, lag Deutschland im Jahr 2023 mit seinem Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch mit 21,5 Prozent unter dem EU-Durchschnitt von 24,6 Prozent.

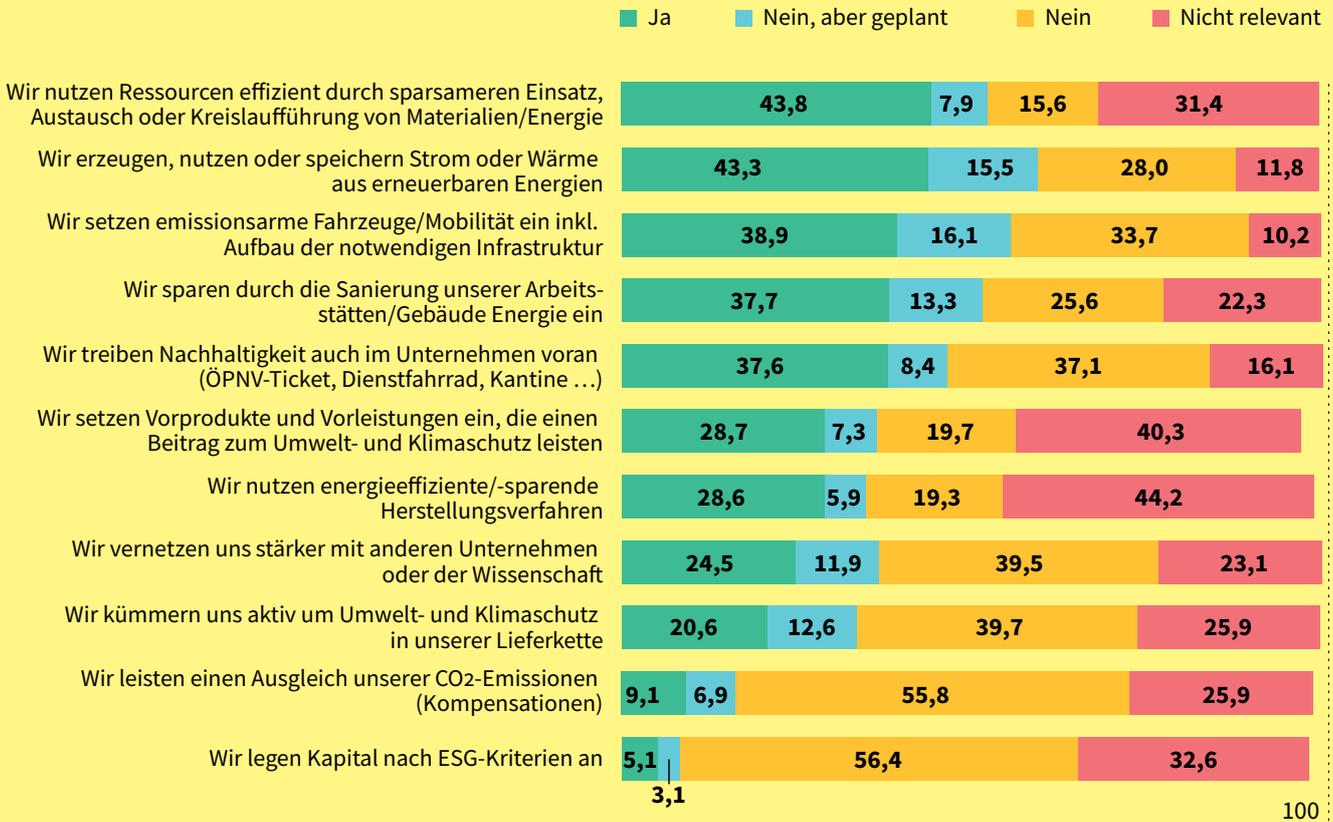
Digitalisierung. Was die Digitalisierung angeht, bereitet vor allem der Glasfaserausbau Sorgen:

Im Jahr 2023 hatten in Deutschland 30 Prozent der Haushalte einen Glasfaseranschluss. EU-weit lag die Quote bei 64 Prozent.

Fortsetzung

Transformation: Was die Unternehmen tun

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland haben folgende Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz ergriffen



Rest zu 100: weiß nicht/keine Angabe
 Befragung von 1.076 Firmen aus dem Produzierenden Gewerbe und den unternehmensnahen Dienstleistungen in Januar und Februar 2025 im Rahmen des IW-Zukunftspanels
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd



Auch in Sachen digitale Verwaltung hängt die Bundesrepublik ihren selbst gesteckten Zielen hinterher. Von den 575 Verwaltungsleistungen, die bereits Ende 2022 online verfügbar sein sollten, waren Anfang 2025 nur 29 Prozent in allen Bundesländern digital umgesetzt.

Demografie. Der demografische Wandel – sprich: die alternde Bevölkerung – erhöht den Druck auf den Arbeitsmarkt und bedroht somit eine schnelle Transformation. Umso wichtiger ist es, die Erwerbstätigkeit von Frauen zu steigern und dabei auch die Vollzeitquote zu erhöhen. Zwischen 2011 und 2024 gab es allerdings so gut wie keine Veränderung, zuletzt waren 38 Prozent der

Frauen im erwerbstätigen Alter vollzeitbeschäftigt.

Deglobalisierung. Deutschland hat seit vielen Jahren eine hohe Außenhandelsquote. Das birgt in Zeiten protektionistischer Tendenzen Risiken. Gerade die große Abhängigkeit von China – auch bei Rohstoffen, die für die Transformation wichtig sind – ist gefährlich (siehe iwd 13/2025). Eine größere Diversifizierung der Lieferketten würde mehr Sicherheit und Planbarkeit für die sich transformierende Wirtschaft bieten.

Ob Energie, Daten, Arbeit oder Märkte – in allen vier Dimensionen des Wandels steht Deutschland unter Zugzwang. Es braucht nun einen

klaren, stabilen Rahmen, der Investitionen erleichtert, Tempo ermöglicht und Zukunftsmärkte erschließt. Zeit spielt hierbei eine zentrale Rolle: Verzögerungen im Transformationsprozess führen nicht nur zu zusätzlichen vermeidbaren Umweltkosten, sondern erhöhen auch den Anpassungsdruck auf die Unternehmen und mindern zugleich ihre Chancen, sich in neuen globalen Wachstumsmärkten erfolgreich zu positionieren.

Gutachten

Malte Küper, Jan Büchel, Edgar Schmitz, Fabio Urrich: Transformationskompass 2025 – Herausforderungen und Chancen für Unternehmen in Deutschland

Mit Schulden zur Quote

Verteidigung. Bis 2035 sollen die Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten auf 5 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung steigen. Deutschland kann dieses Ziel nur mithilfe hoher Kredite erreichen.

Die NATO-Staaten haben sich auf ihrem Gipfeltreffen in Den Haag Ende Juni auf ein ambitioniertes Ziel geeinigt: Bis 2035 sollen die Verteidigungsausgaben jedes Mitgliedslandes auf 5 Prozent des eigenen Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen. Eine große Herausforderung für Deutschland – schließlich gelang es im vergangenen Jahr erstmals, die bisherige Vorgabe von Ausgaben in Höhe von 2 Prozent des BIP zu erfüllen.

Wie die Bundesregierung das neue Ausgabenziel erreichen möchte, lässt sich aus dem aktuellen Haushaltsentwurf ablesen. Demnach sollen die Verteidigungsausgaben bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2028 auf 3,3 bis 3,4 Prozent des BIP steigen – damit läge Deutschland sogar leicht über dem nötigen Zwischenziel von 3,2 Prozent für dieses Jahr. Das notwendige Geld dafür soll größtenteils aus neuen Krediten stammen (Grafik):

Während 2024 gut 19 Prozent der Verteidigungsausgaben durch Kredite finanziert waren, werden es nach den Plänen der Bundesregierung 2028 rund zwei Drittel sein.

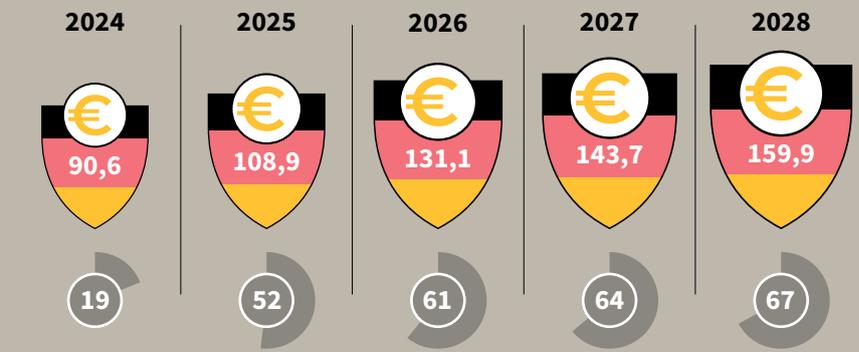
Insgesamt rechnet die Koalition während ihrer Amtszeit mit knapp 334 Milliarden Euro neuer Schulden für die Verteidigung. Damit wird dieser Bereich der größte Neuverschuldungsposten in den kommenden Jahren.

Möglich ist die hohe Kreditaufnahme durch die Lockerung der

Mehr Verteidigung, höhere Kredite

Deutsche Verteidigungsausgaben in Milliarden Euro

■ Davon durch Kredite finanziert, in Prozent



Ab 2025: geschätzt

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Schuldenbremse, die unter anderem Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit oberhalb von 1 Prozent des BIP von den Verschuldungsgrenzen ausschließt. Offen ist allerdings noch, ob dies auch für die Maastricht-Kriterien der EU gilt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt schreibt den Mitgliedsstaaten eigentlich vor, ihre jährliche Neuverschuldung auf maximal 3 Prozent und die Gesamtverschuldung auf maximal 60 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen. Ende Juli verhandeln die Länder nun darüber, die Verteidigungsausgaben davon temporär auszunehmen.

Sollte die Bundesregierung ihre Finanzierungspläne wie vorgesehen umsetzen können, wird dadurch der laufende Haushalt etwas entlastet –

ursprünglich sollten in der Legislaturperiode schätzungsweise 84 Milliarden Euro, die nun als Kredite geplant sind, aus dem regulären Etat kommen. Die Ausnahme von der Schuldenbremse war allerdings nicht dafür gedacht, finanzielle Spielräume im Haushalt zu schaffen, sondern um eine glaubwürdige militärische Abschreckung gewährleisten zu können. Langfristig sollte der Staat deswegen die äußere Sicherheit als Daueraufgabe wieder stärker durch laufende Steuereinnahmen finanzieren, um nicht dauerhaft die Verschuldung in die Höhe zu treiben.

IW-Kurzbericht 54/2025

Hubertus Bardt: Höhere NATO-Quote wird erfüllt – mit 334 Milliarden Euro Krediten

Wohnen bei Freunden

Private Vermieter. Mehr als 5,5 Millionen Menschen vermieten in Deutschland eine oder mehrere Immobilien privat. Insgesamt entfallen auf diese privaten Vermieter fast zwei Drittel des Mietwohnungsmarktes. Umso wichtiger ist es, dass die Politik diese Immobilienbesitzer nicht überfordert, wenn es um Sanierungsvorschriften oder Mietpreisregulierungen geht.

Wenn Medien über den Wohnungsmarkt in Deutschland berichten, stehen auf der Vermieterseite oft große Immobiliengesellschaften im Fokus. Dabei sind es die privaten Kleinvermieter, die die hiesige Mietwonderlandschaft prägen – jene Menschen also, die in ihren selbst bewohnten Mehrfamilienhäusern oder in einer überschaubaren Zahl weiterer Immobilien eine oder mehrere Wohnungen vermieten.

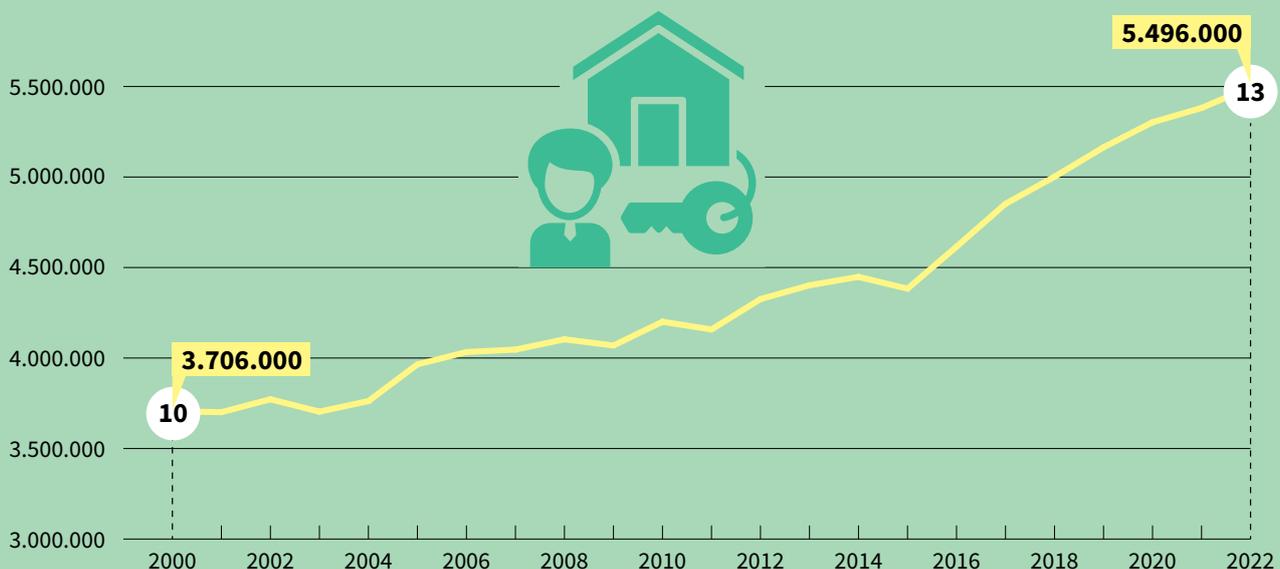
Im Jahr 2022 stellten private Vermieter gut 64 Prozent der insgesamt 25 Millionen Mietwohnungen in Deutschland zur Verfügung.

Verglichen mit der amtlichen Gebäude- und Wohnungszählung aus dem Jahr 2011 ist die Zahl der von privaten Immobilienbesitzern hierzulande angebotenen Wohnungen um rund 914.000 beziehungsweise 6 Prozent gestiegen. Die Zahl der Kleinvermieter hat im selben

Immer mehr private Vermieter

Zahl der Vermieterhaushalte in Deutschland

■ in Prozent aller Haushalte



Zeitraum sogar noch deutlich stärker zugelegt (Grafik Seite 10):

Von knapp 4,2 Millionen im Jahr 2011 stieg die Zahl der privaten Vermieterhaushalte in Deutschland bis 2022 um knapp ein Drittel auf rund 5,5 Millionen.

Geht man bis zur Jahrtausendwende zurück, betrug der Zuwachs sogar nahezu 50 Prozent. Der Anteil der privaten Kleinvermieter an allen Haushalten in der Bundesrepublik hat sich seit dem Jahr 2000 ebenfalls erhöht – von rund 10 auf 13 Prozent.

Die regionalen Unterschiede sind allerdings deutlich: Während in Großstädten ab 100.000 Einwohnern zuletzt 11 Prozent aller Haushalte private Vermieter waren, betrug der Anteil in Kleinstädten mit maximal 20.000 Einwohnern etwa 16 Prozent. Das ist wenig überraschend, ist doch in Kleinstädten Wohneigentum generell stärker verbreitet – unter anderem aufgrund der niedrigeren Grundstückspreise – und häufig in privater Hand. Das führt auch dazu, dass Vermieter und Mieter oft nicht nur ein rein vertragliches Verhältnis verbindet – man wohnt nahe beieinander, kennt und schätzt sich oder ist sogar miteinander befreundet.

Die regional unterschiedlichen Wohneigentumsstrukturen spiegeln sich auch in der Bedeutung privater Kleinvermieter in den einzelnen Bundesländern wider (Grafik):

Am höchsten war der Anteil privater Vermieter an allen Haushalten im Jahr 2022 in Baden-Württemberg (20 Prozent), Rheinland-Pfalz (19 Prozent) und Bayern (17 Prozent).

Auch Hessen und Schleswig-Holstein lagen mit rund 16 beziehungsweise 14 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Zu den hohen Werten dieser fünf Bundesländer dürften unter anderem die hohe Wohneigentumsquote, eine stabile Wirtschaftslage und eine überwiegend dezentrale Siedlungsstruktur beigetragen haben. Deutlich weniger private Vermieter gibt es im Osten Deutschlands sowie in den Stadtstaaten.

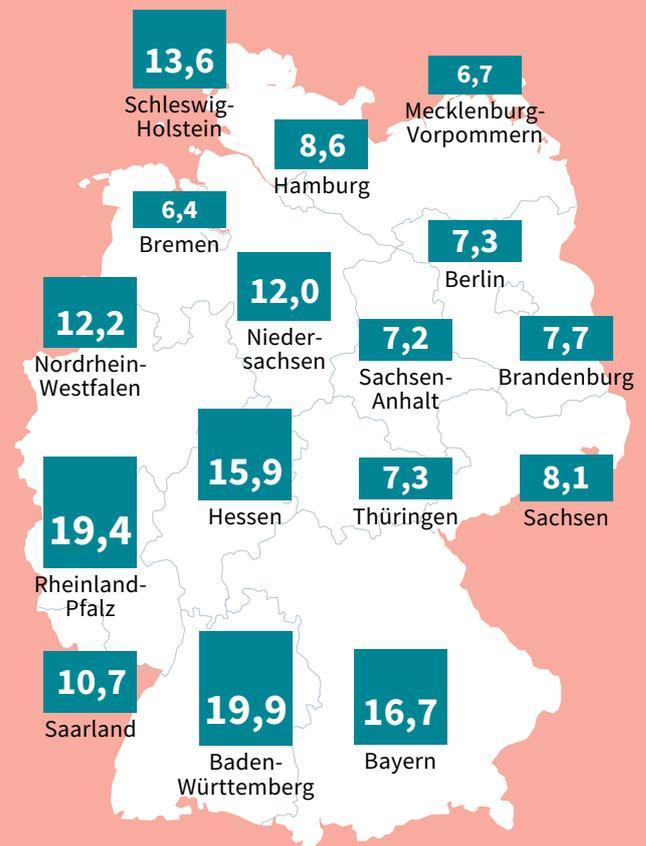
Typisch für private Kleinvermieter ist auch, dass die Vermietung in der Regel nur moderate Einkünfte bringt. Ordnet man die Nettomieteinnahmen – also die Bruttoeinnahmen abzüglich der Betriebs- und Instandhaltungskosten – der Höhe nach, erzielten die privaten Vermieter 2022 im Mittel (Median) Einnahmen von 5.475 Euro. Gegenüber dem Median des Jahres 2000 bedeutete das einen Anstieg um 53 Prozent. Bemerkenswert ist:

Allein von 2015 bis 2020 legten die mittleren Nettomieteinnahmen der privaten Kleinvermieter um mehr als 30 Prozent zu.

Dies lässt sich gut mit der allgemeinen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt erklären, hat doch die zuneh-

Private Vermieter: Das Bundesländer-Gefälle

So viel Prozent der Haushalte in diesem Bundesland erzielten im Jahr 2022 Einnahmen aus Vermietung



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

mende Nachfrage nach Wohnraum seit den 2010er Jahren die Mieten in vielen Regionen steigen lassen.

Trotz dieses generellen Aufwärtstrends profitieren nicht alle Vermieter finanziell (Grafik Seite 12 unten):

Während auf der einen Seite knapp 10 Prozent der privaten Kleinvermieter 2022 auf Nettomieteinnahmen von mehr als 20.000 Euro kamen, machten auf der anderen Seite 9 Prozent nach Abzug der Kosten sogar Verluste.

Insgesamt verbuchten annähernd zwei Drittel der Vermieter im Jahr 2022 Nettoeinnahmen von weniger als 7.500 Euro. Dies verdeutlicht, dass die Vermietungstätigkeit für viele Eigentümer eher als zusätzliche Einkommensquelle dienen dürfte – etwa, um für das Alter vorzusorgen oder längerfristig Vermögen aufzubauen.

Das Klischee vom zwangsläufig reichen Vermieter wird auch zumindest teilweise widerlegt, wenn man auf die Zugehörigkeit dieser Haushalte zu den einzelnen Einkommensschichten schaut (Grafik):

Zwar sind 37 Prozent der privaten Vermieter zum einkommensreichsten Fünftel aller Haushalte zuzuordnen – doch immerhin rund 20 Prozent gehören zu den unteren beiden Einkommensquintilen.

Auch wenn der finanzielle Spielraum entsprechend unterschiedlich ist, sehen sich alle privaten Vermieter derzeit mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert:

Klimaschutz. Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, sind im Wohnungssektor jährliche Investitionen in energetische Sanierungen von mehr als 70 Milliarden Euro erforderlich. Gemessen an ihrem Anteil am gesamten Wohnungsbestand, müssen private Vermieter mehr als 25 Milliarden Euro pro Jahr in neue Heizungsanlagen, Wärmedämmung und Ähnliches investieren – im Schnitt wären das annähernd 5.000 Euro je Vermieterhaushalt.

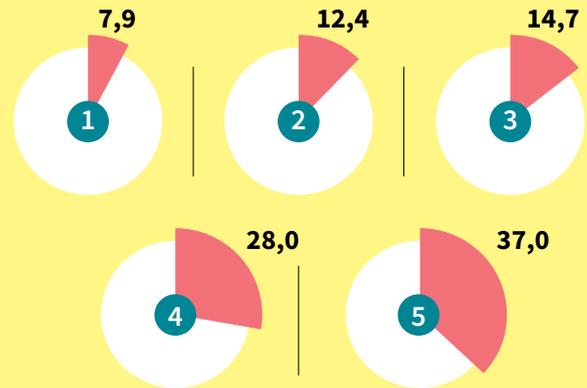
Zudem rechnen sich die Sanierungen oftmals nicht mehr, weil inzwischen nur noch 8 Prozent der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete umgelegt werden dürfen. Werden die Maßnahmen aber nicht durchgeführt, drohen langfristig Vermietungsverbote, in jedem Fall aber höhere Belastungen aus der CO₂-Bepreisung.

Mietpreisregulierung. Weil private Vermieter oft viel Wert auf ein gutes Verhältnis zu ihren Mietern legen,

Private Vermieter aus allen Einkommensschichten

So viel Prozent aller privaten Vermieter gehörten im Jahr 2022 zu diesem Einkommensfünftel (1 = niedrigste, 5 = höchste Einkommen)

■ Einkommensfünftel



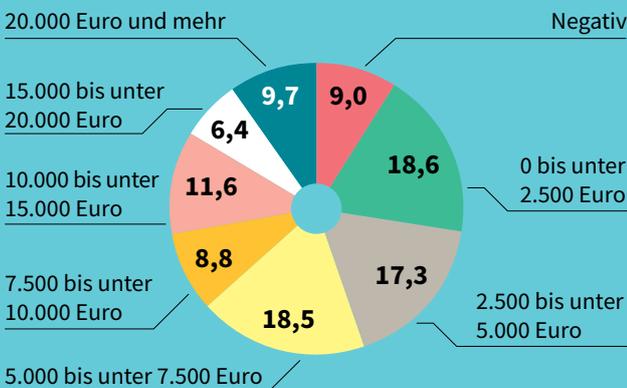
Einkommensfünftel: Betrachtet werden die Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte – also die mit der Personenzahl gewichteten Einkommen nach Abzug der Steuern und Abgaben, aber inklusive sozialer Transfers. Die Einkommen werden der Höhe nach gereiht und in fünf gleich große Gruppen aufgeteilt.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2025 IW Medien / iwd



Mieteinnahmen variieren stark

So viel Prozent der privaten Vermieter in Deutschland erzielten im Jahr 2022 Nettomieteinnahmen in dieser Höhe



Nettomieteinnahmen: Bruttomieteinnahmen abzüglich der Investitionskosten vor Steuern
 Negativ: Kosten für die vermietete Wohnung waren beispielsweise aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen höher als die Mieteinnahmen

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2025 IW Medien / iwd

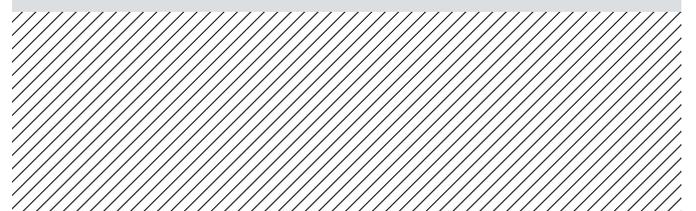


erhöhen sie den Mietzins bei laufenden Verträgen nur selten. Eine Anpassung an das Marktniveau erfolgte früher meist bei Neuvermietungen. Doch dies ist nicht zuletzt durch die Mietpreisbremse schwieriger geworden.

Dabei sind die Vermieter auch wegen der in den Jahren 2022 und 2023 deutlich gestiegenen Zinsen verstärkt darauf angewiesen, eine ausreichende Rendite aus den Mietzahlungen zu erwirtschaften. Zusammen mit den Sanierungsanforderungen könnten die strengen Vorgaben der Mietpreisbremse Vermieter zunehmend dazu bewegen, den Wohnungsmarkt zu verlassen. Die Bundesregierung sollte daher alles unterlassen, was private Vermieter zusätzlich belastet oder verunsichert.

Gutachten

Christian Oberst, Pekka Sagner, Michael Voigtländer: Private Vermieter in Deutschland, Gutachten im Auftrag des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins von 1888 sowie von Haus und Grund Düsseldorf und Umgebung



Risiken und Nebenwirkungen

Außenhandel. US-Präsident Trump droht mit Zusatzzöllen auf Pharmaimporte, obwohl die Branche in den USA auf Einfuhren angewiesen ist. Auch könnten durch eine solche Maßnahme Medikamente in den Vereinigten Staaten entgegen Trumps bisherigen Ankündigungen teurer werden.

Zölle hier, Zölle da – die zusätzlichen Abgaben sind das wirtschaftspolitische Lieblingsthema von US-Präsident Donald Trump. So will er sowohl die seiner Meinung nach unfairen Handelsbilanzdefizite der USA ausgleichen als auch Firmen dazu bewegen, sich (wieder) in den Vereinigten Staaten anzusiedeln. Auch für die Pharmaindustrie stehen zusätzliche Abgaben im Raum.

Damit würden sich die USA aber selbst schaden, denn sie sind auf Vorprodukte aus dem Ausland angewiesen (Grafik):

Im Jahr 2022 importierten die Vereinigten Staaten für ihre eigene Pharmaherstellung knapp 87 Prozent der pharmazeutischen Vorprodukte.

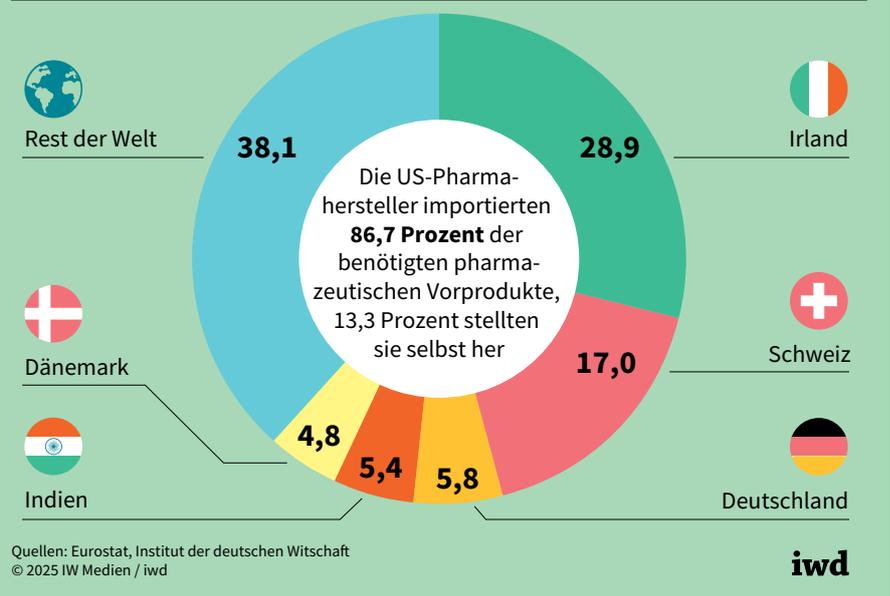
Der Gesamtwert dieser Importe belief sich auf 35,8 Milliarden Euro. Europa spielt dabei eine große Rolle: Knapp 29 Prozent der importierten Vorleistungen stammten aus Irland, die Schweizer lieferten 17 Prozent und aus Deutschland kamen weitere knapp 6 Prozent.

Doch pharmazeutische Vorprodukte durch eigene Herstellung zu ersetzen, wie es sich Trump vorstellt, ist kurzfristig nicht möglich. Gerade der Aufbau zusätzlicher Produktionsstätten für Generika ist aufgrund der hohen Herstellungskosten in den USA wenig realistisch.

Sollte es mittel- bis langfristig doch gelingen, die Produktion in den USA auszubauen, würden dadurch die fertigen Medikamente mit großer Wahrscheinlichkeit teurer werden.

US-Pharmaproduktion: Viele Vorprodukte aus Europa

So viel Prozent der US-Importe von pharmazeutischen Vorprodukten im Wert von 35,8 Milliarden Euro im Jahr 2022 stammten aus diesen Ländern



Das ist wiederum nicht in Trumps Sinne, schließlich will er die Arzneimittelpreise per Dekret um bis zu 90 Prozent senken.

Und was ist mit Europa? Die Einfuhrzölle der USA würden die europäischen Pharmafirmen nicht nur auf einem ihrer wichtigsten Absatzmärkte treffen. Da die Pharmaindustrie international – auch indirekt – stark verflochten ist, besteht vielfach eine gegenseitige Abhängigkeit.

Häufig werden Arzneimittel von Forschern in den USA und Europa gemeinsam entwickelt und auch über mehrere Schritte gemeinsam hergestellt. Dafür werden sie zwischen europäischen und

US-amerikanischen Produktionsstandorten hin- und hergeschickt.

Einfuhrzölle auf Arzneimittel würden die Gefahr einer Entkopplung der Forschungs- und Produktionsstandorte verstärken und damit den möglichen Schaden für Deutschland, Europa und die USA erhöhen. Aus Sicht der Patienten und der Forschung gilt es folglich, Zölle auf pharmazeutische Produkte unbedingt zu vermeiden. Davon muss nun noch der US-Präsident überzeugt werden.

IW-Kurzbericht 55/2025

Jasmína Kirchhoff, Samina Sultan: US-Pharmazölle: Mit Risiken und Nebenwirkungen

Das digitale Fragezeichen

Kreislaufwirtschaft. Um die Wirtschaft in Europa klimafreundlicher zu gestalten, will die EU digitale Produktpässe einführen. Viele Unternehmen sind darüber allerdings noch gar nicht informiert und treffen keinerlei Vorbereitungen. Umso wichtiger ist, dass die europäische Politik bei der Umsetzung der Produktpässe eine für die Firmen praktikable Lösung findet.

Ressourcen sparen, Materialien wiederverwenden und klimafreundlichere Alternativen einsetzen – die Strategie, mit der die EU die Wirtschaft klimaneutral gestalten will, ist klar. Und auch der Weg dorthin wird immer konkreter – so sehen mehrere EU-Verordnungen die Einführung digitaler Produktpässe (DPPs) vor. Für Batterien soll es einen solchen Produktpass bereits ab dem Jahr 2027 geben, aber auch in Produktgruppen wie Eisen und Stahl oder für Textilien und Möbel soll ein solcher Pass noch vor 2030 zum Einsatz kommen. Auf längere Sicht dürften DPPs voraussichtlich in nahezu allen Wirtschaftsbereichen etabliert werden.

Kennzeichnend für DPPs ist, dass sie in digitaler und standardisierter Form Informationen zu sämtlichen Komponenten erfassen und strukturieren, die in einem Produkt enthalten sind. Dabei geht es unter anderem um Angaben zu Herstellung, Materialien, Eigenschaften sowie Reparatur- und Entsorgungsmöglichkeiten. Mit diesem Wissen kann die Kreislauffähigkeit eines Gutes nach und nach optimiert werden.

Alle Akteure im Lebenszyklus des Produkts – vom Lieferanten von Vorleistungen über den Hauptproduzenten bis hin zu Dienstleistern, die beispielsweise Reparaturen an einer Maschine durchführen – sollen in der Lage sein, die Produktinformationen

digital abzurufen, aber auch selbst zu ergänzen. Alle relevanten Akteure sollen DPPs also selbst ausstellen, nutzen und ändern können.

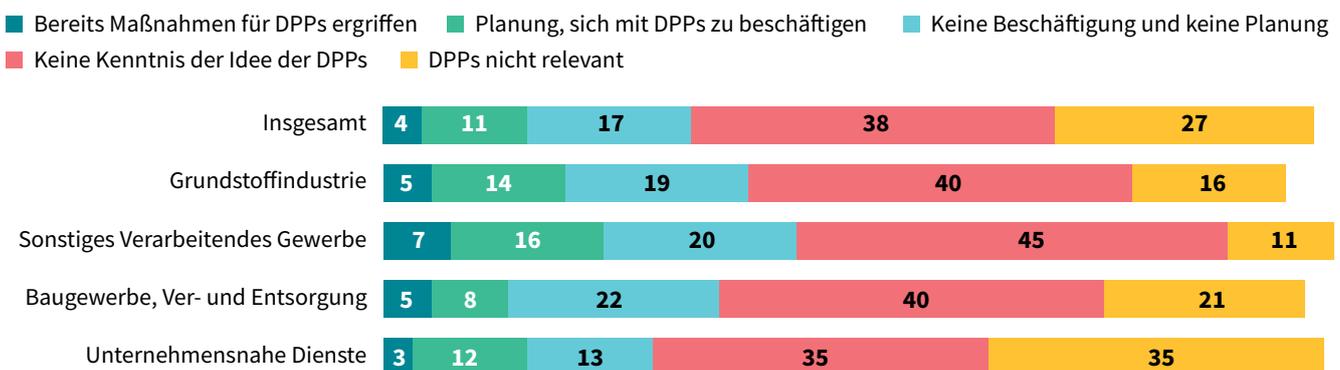
Davon sind viele Unternehmen in Deutschland noch weit entfernt, wie eine Befragung im Rahmen des IW-Zukunftspanels vom vergangenen Herbst zeigt (Grafik):

Nur 4 Prozent aller Unternehmen haben bereits Maßnahmen ergriffen, um sich auf die Einführung der DPPs vorzubereiten – weitere 11 Prozent planen dies.

Fast 40 Prozent kennen das Konzept der DPPs dagegen gar nicht und 27 Prozent halten sie mit Blick auf den eigenen Betrieb nicht für relevant.

Digitale Produktpass: Viele Unternehmen wissen noch nichts

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland sind mit Blick auf die Einführung digitaler Produktpässe (DPPs) wie folgt aufgestellt

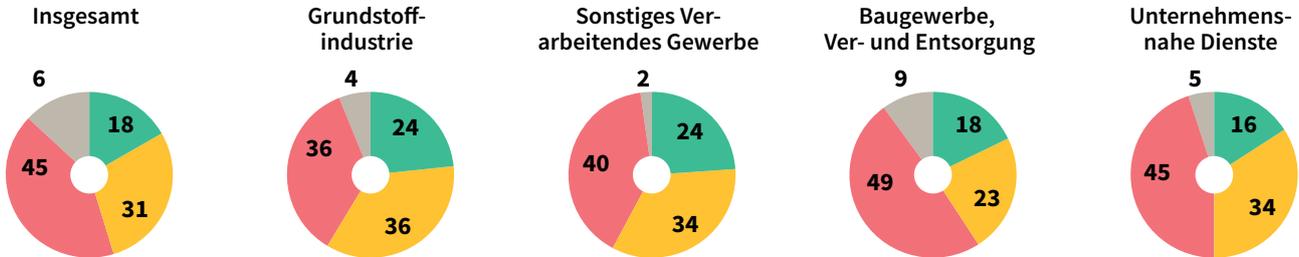


Rest zu 100: weiß nicht/keine Angabe
 Grundstoffindustrie: Papier, Chemie/Pharma, Glas/Keramik/Steine und Erden
 Befragung von 1.078 Unternehmen im Herbst 2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd

Nur rund die Hälfte der Firmen teilt digitale Produktdaten

Auf die Frage „Stellen Sie Ihren Kunden, Lieferanten oder anderen Partnern Produktinformationen in digitaler und standardisierter Form zur Verfügung?“ antworteten so viel Prozent der Unternehmen in Deutschland wie folgt

■ Ja ■ Ja, aber nicht in standardisierter Form ■ Wir stellen keine digitalen Produktinformationen zur Verfügung ■ Weiß nicht/keine Angabe



Grundstoffindustrie: Papier, Chemie/Pharma, Glas/Keramik/Steine und Erden
Befragung von 1.078 Unternehmen im Herbst 2024 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd



Schaut man auf die einzelnen Branchen, liegen vor allem die Zahlen für die Grundstoffindustrie über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt – immerhin rund jedes fünfte Unternehmen dort engagiert sich bereits in Sachen DPPs oder hat entsprechende Pläne. Das ist insofern positiv, als die Hersteller von Papier-, Chemie- oder Metallern bei vielen Produkten die ersten Stufen der Lieferketten abdecken. Sind dort wesentliche Produktdaten digital verfügbar, ist es für Kunden in der weiteren Wertschöpfungskette leichter, diese Daten zu erfassen und weiterzuverarbeiten.

Generell ist das Teilen von digitalen und standardisierten Daten eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass DPPs erstellt und genutzt werden können. Doch auch dies ist in vielen Unternehmen noch ein unerledigtes Thema, wie aus dem IW-Zukunftspanel ebenfalls hervorgeht (Grafik):

Im Herbst 2024 gaben lediglich 18 Prozent der Unternehmen in Deutschland an, sie würden ihren Geschäftspartnern Daten in digitaler und standardisierter Form zur Verfügung stellen.

Weitere 31 Prozent teilen zwar ihre Daten digital, dies aber nicht in standardisierter Form – was die Nutzung und Weiterverarbeitung für Lieferanten und Kunden erschweren dürfte.

Der Zusammenhang mit dem Thema digitaler Produktpass ist auffällig:

Von jenen Firmen in der Bundesrepublik, die bereits digitale Daten bereitstellen, beschäftigt sich jede vierte schon mit DPPs oder plant dies – ein deutlich höherer Anteil als im Schnitt aller Befragten.

Insgesamt sind viele Unternehmen also noch nicht oder nicht ausreichend auf die Einführung der DPPs eingestellt. Dies zu ändern,

wäre nicht nur im gesamtwirtschaftlichen Interesse – auch die Firmen selbst würden von den DPPs profitieren, weil diese zu mehr Transparenz in der Wertschöpfungskette führen und sich Fertigungsprozesse effizienter gestalten lassen. Zudem könnten auf der Basis der erfassten Daten neue digitale Geschäftsmodelle entstehen.

Allerdings sollte die Politik dafür sorgen, dass die Umstellung auf die DPPs für die Unternehmen so wenig zeit- und kostenintensiv wie möglich wird. Sinnvoll wäre es daher, in der konkreten Ausgestaltung der DPP-Regelwerke auf bestehende Datenstandards wie ECLASS zu setzen, mit denen Unternehmen bereits vertraut sind (siehe iwd 21/2023).

IW-Kurzbericht 32/2025

Jan Büchel, Adriana Neligan:
Digitaler Produktpass – ready to go?

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · Redaktion: Berit Schmiendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: €13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · Abo-Service: Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Wartich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche



Top-Liste: Die Teilzeit-Nationen

In Deutschland gingen im vergangenen Jahr rund 29 Prozent der Erwerbstätigen einem Teilzeitjob nach – 2014 waren es erst 27 Prozent. Im Schnitt kamen die Teilzeitkräfte in der Bundesrepublik 2024 auf ein Wochenpensum von 21,8 Stunden, Vollzeitkräfte arbeiteten hierzulande im Durchschnitt 40,2 Wochenstunden. Teilzeit ist vor allem unter Frauen beliebt: Rund 48 Prozent der berufstätigen Frauen in Deutschland arbeiten Teilzeit, aber nur gut 12 Prozent der Männer. Noch höher ist die Teilzeitquote von Frauen EU-weit nur in den Niederlanden (64 Prozent) und in Österreich (51 Prozent). Dies sind auch die beiden einzigen anderen Mitgliedsstaaten, in denen die Teilzeitquote insgesamt höher ist als in der Bundesrepublik.

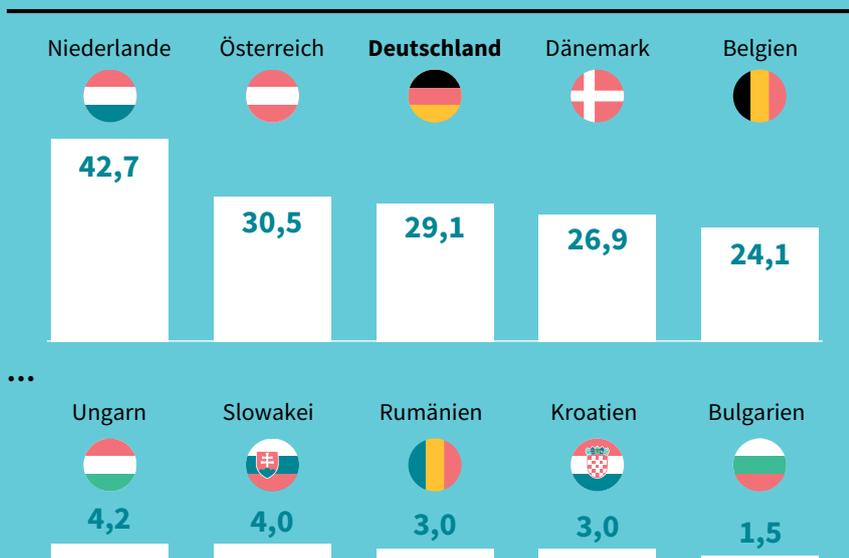
der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland waren im Schuljahr 2023/24 Quer- oder Seiteneinsteiger. Im Schuljahr 2015/16 hatten erst 4,5 Prozent der Lehrer an diesen Schulen nicht die übliche Lehrerausbildung absolviert beziehungsweise keine Lehrerqualifikation aus der Zeit der DDR.

Seiteneinsteiger sind Personen, die über kein abgeschlossenes Lehramtsstudium verfügen und die ohne ein absolviertes Referendariat in den Schuldienst übernommen werden. Bei Quereinsteigern dagegen besteht die Pflicht eines Referendariats. Ein Referendariat, offiziell heißt diese Phase der Lehrerausbildung „Vorbereitungsdienst“, dauert 18 Monate, wenn es in Teilzeit absolviert wird, 24 Monate.

Dass überhaupt Quer- und Seiteneinsteiger an den Schulen gebraucht werden, hat mit der komplexen Bedarfsplanung der Lehrerausbildung zu tun, die wiederum Ländersache ist. Hier spielen die regional unterschiedlichen Geburtenraten, die Zu- und Fortzüge von Familien, das zukünftige Schulwahlverhalten der Eltern – Lehrkräfte werden schulfachspezifisch ausgebildet – sowie die etwa wegen eigener Kinder nur noch in Teilzeit arbeitenden Lehrkräfte eine Rolle.

Teilzeit in der EU: Höchst unterschiedlich verbreitet

So viele der Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren arbeiteten 2024 Teilzeit



Quelle: Eurostat
© 2025 IW Medien / iwd